



US-Zölle: Schweizer Firmen prüfen Rückforderungen

Handelsstreit Nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs gegen die Zollpolitik von Präsident Donald Trump kündigte dieser einen weltweiten Zoll auf Importe in die USA von 15 Prozent an. Für Schweizer Firmen dürften die konkreten Auswirkungen jedoch gering bleiben. «Ich glaube nicht, dass sich für die meisten Unternehmen grundlegend etwas ändern wird», sagte Rahul Sahgal, Direktor der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer.

Einige Firmen prüfen nun eine Rückerstattung der durch die neu als rechtswidrig eingestuft Zölle entstandenen Verluste. Philippe Bauer, Präsident der Arbeitgebervereinigung der Uhrenindustrie, warnt jedoch vor vorzeitigem Optimismus. Er fordert den Bundesrat auf, politisch auf eine Klärung hinzuarbeiten. Bundespräsident Guy Parmelin kündigte an, die Lage kontinuierlich zu analysieren. Mitentscheidend wird die bereits seit längerem für heute geplante Reise einer Parlamentariergruppe nach Washington sein. (red/SDA) **Seite 2**



Wie die Wirtschaft auf den US-Zollentscheid reagiert

Yann Cherix und
Catherine Cochard

Handel

Das Urteil des Obersten Gerichtshofs ist richtungsweisend – auch für die Schweiz.

Jubel? Freudensprünge? Gilles Robert, CEO des Westschweizer Mikrotechnikherstellers MPS, muss schmunzeln bei der Frage. Wie fiel seine erste Reaktion auf die jüngste Volte in Donald Trumps Zolldrama aus? «Das sind gute Nachrichten, oui, aber Euphorie – non, non, die ist nicht angezeigt.» Der Firmenchef aus Biel hält sich zurück. Er, der mit seiner Firma 100 Millionen Umsatz generiert und massgeblich vom US-Markt abhängig ist, weiss: Zu viel ist passiert. Und vieles kann sich wieder ändern.

Das Oberste US-Gericht hat Trumps Strafzölle als rechtswidrig erklärt. Damit hat sie seine Zollpolitik gestoppt – vorerst.

«Vielleicht folgt auf das Chaos weiteres Chaos», sagt Philippe Bauer, Präsident der Arbeitgebervereinigung der Uhrenindustrie. Denn mit dem jüngsten Entscheid bringen sich viele US-Firmen in Stellung, bereiten Klagen vor. Sie wollen ihr Geld zurück, das sie durch die nun als rechtswidrig eingestuft Zölle verloren haben. Auch Schweizer Firmen werden wohl mitziehen. Laut der NZZ prüfen das Uhrenunternehmen Breitling wie auch der Schokoladenhersteller Läderach eine Rückerstattung.

Gilles Robert von MPS kann noch nicht sagen, wie seine Firma agieren wird. «Wie viel sich tatsächlich ändern wird, ist meiner Meinung nach offen.»

Deutlicher wird Rahul Sahgal. Der Direktor der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer glaubt, dass diese Aufhebung durch den Obersten Gerichtshof nicht viel ändere. «Donald Trump wird einen anderen Gesetzestext finden, der es ihm erlaubt, einen zusätzlichen Prozentsatz auf die Grundsteuer aufzuschlagen.»

Donald Trump versucht, nur Zeit zu gewinnen

Sahgal befürchtet, dass in fünf Monaten alles wieder von vorne beginnt und dass der US-Präsident nur versucht, Zeit zu gewinnen. «Wir müssen daran arbeiten, eine Vereinbarung zu erzielen, damit die Zölle stabil bleiben. Ohne diese Vereinbarung haben wir mittel- und langfristige wieder keine Sichtbarkeit.»

Den Durchblick bewahren. Die Dinge greifbar halten. Auch Olivier Isler versucht dies gerade angesichts der vielen Paragraphen und fremden Gesetzestexte, mit denen er sich herumschlagen muss. Isler ist Direktor der Sortenorganisation Gruyère (IPG). Für seine Branche waren die Auswirkungen der Zölle brutal. Im letzten Jahr hatte sie einen Rückgang von 17 Prozent bei den Exportmengen in den USA zu verzeichnen. «Wir werden diese Mengen nicht wieder hereinholen können.» Dennoch, sagt Isler, sei es im vergangenen Jahr gelungen, «den Schaden zu begren-

zen. Es wurde viel Arbeit investiert, um Gruyère in den Regalen der amerikanischen Geschäfte zu halten.»

Nur wenige Stunden nach der Veröffentlichung des Urteils des Obersten Gerichtshofs unterzeichnete ein sichtlich erboster Donald Trump ein neues Dekret. Dieses sieht einen neuen weltweiten Zollsatz von 10 Prozent vor, am späten Samstagnachmittag wurde dieser bereits wieder auf 15 Prozent erhöht. Diese Massnahme soll morgen in Kraft treten und für 150 Tage gelten.

Alles klar also? Für Philippe Bauer gilt das nicht. Der Präsident der Arbeitgebervereinigung der Uhrenindustrie wünscht sich, dass nun auf politischer Ebene, auf Ebene des Bundesrats, an einer Klärung der Situation gearbeitet wird.

Bundespräsident Guy Parmelin liess verlauten, dass er die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten und die Äusserungen von Präsident Trump zur Kenntnis genommen habe. Der Bundesrat analysiere kontinuierlich die Folgen und werde zu gegebener Zeit informieren. Mitentscheidend wird auch ein Schweizer Besuch in Washington von heute sein. Die bereits länger geplante Reise einer Parlamentariergruppe erhält zusätzliche Brisanz.